

presse

Alle verfügbaren Studienplätze müssen vergeben werden

Daniela De Ridder, zuständige Berichterstatterin:

Im Wintersemester 2015/2016 sollen alle Hochschulen Nordrhein-Westfalens am Dialogorientierten Serviceverfahren teilnehmen. Mit dem zentralen Vergabeverfahren können örtlich-beschränkte Studienplätze schneller, transparenter und effizienter vergeben werden. Bewerberinnen und Bewerber können sich auf mehrere Studienplätze gleichzeitig bewerben. Erhalten sie eine Zusage durch eine Hochschule und nehmen diese an, werden alle weiteren Zusagen automatisch zurückgenommen und können neu vergeben werden.

„Im vergangenen Wintersemester konnten rund 15.000 Studienplätze nicht vergeben werden – zu großen Teilen in stark nachgefragten, zulassungsbeschränkten Studiengängen. Nicht nur die Bewerber, die bei der Vergabe nicht berücksichtigt wurden, haben unter diesem Zustand zu leiden. Auch die Hochschulen und Länder geraten unter einen immensen organisatorischen Druck. Zudem müssen sie bei nicht besetzten Studienplätzen finanzielle Einbußen hinnehmen – etwa durch entgangene Einnahmen aus den Hochschulpaktmitteln von Bund und Ländern.“

Der Vorstoß von SPD-Ministerin Svenja Schulze und den NRW-Hochschulen ist ein sehr wichtiger Schritt, um diesen Missstand zu beheben. Das 2010 eingeführte Dialogorientierte Serviceverfahren entfaltet seine Wirkung nur, wenn die Hochschulen sich möglichst flächendeckend beteiligen. .

Die Gleichung ist einfach: je mehr Hochschulen sich beteiligen, desto weniger Studienplätze bleiben unbesetzt. Über das Hochschulgesetz sind die Hochschulen in NRW zukünftig verpflichtet, sich am Verfahren zu beteiligen.

Damit hat NRW den richtigen Weg vorgezeigt, dem jetzt auch die anderen Bundesländer folgen müssen.

Mittelfristig sollte es jedoch das Ziel sein, dass nicht nur alle örtlich-beschränkten Studienplätze über das zentrale System vergeben werden. Vielmehr müssen auch alle bundesweiten NC-Fächer sowie die nicht zulassungsbeschränkten Studiengänge in das Verfahren integriert werden, damit sowohl für die Studierenden als auch für die Hochschulen eine größtmögliche Planungssicherheit erreicht werden kann.“